Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 02.03.2023

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen
Herr Bürgermeister Rüter
Frau Bürgermeisterin Schrader

CDU

Herr Copertino
Frau Grünewald
Herr Henrichsmeier
Herr Kaldek
Herr Kleinkes
Herr Krumhöfner
Herr Kuhlmann
Herr Dr. Kulinna
Herr Dr. Lange
Herr Nettelstroth (Fraktionsvorsitz)
Frau Orłowski
Frau Schineller
Frau Steinkröger
Herr Strothmann
Herr Thole
Herr Werner

SPD

Frau Avvuran
Herr Banze
Frau Brinkmann
Herr Brücher
Herr Gladow
Frau Gorsler
Herr Heimbeck
Herr Keskin
Herr Klaus
Herr Nockemann
Herr Prof. Dr. Öztürk (Fraktionsvorsitz)
Herr Rörig
Frau Schrader
Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bohne	
Frau Brockerhoff	
Herr Feurich-Tobien	
Herr Hallau	(Fraktionsvorsitz)
Frau Henneke	
Herr Hood	
Herr John	
Frau Kloss	
Frau Labarbe	
Frau Mamerow	
Frau Pfaff	
Herr Rees	
Herr Schnell	
Herr Wiemer	

FDP

Herr Knauf	
Herr Schlifter	
Herr Seifert	
Herr vom Braucke	
Frau Wahl-Schwentker	(Fraktionsvorsitz)

Die Linke

Herr Dr. Schmitz	
Frau Stelze	
Frau Taeubig	
Herr Vollmer	(Fraktionsvorsitz)

AfD

Herr Dr. Sander	
Herr Kneller	

Die Partei

Herr Hofmann	
--------------	--

Einzelvertreterin/Einzelvertreter

Herr Alich	Parteilos
Herr Gugat	LiB
Herr Krämer	BfB
Frau Rammert	Bürgernähe

Entschuldigt fehlen:

Herr Brüntrup	(CDU-Fraktion)
Frau Biermann	(SPD-Fraktion)
Frau Welz	(SPD-Fraktion)
Frau Osei	(Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Oberbäumer	(Die Partei)

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Kaschel
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus
Herr Beigeordneter Adamski
Herr Erster Beigeordneter Nürnberger
Herr Steinmeier
Frau Ley
Herr Kokemor
Herr Tobien

Dezernat 1
Dezernat 2
Dezernat 3
Dezernat 5
Presseamt
Büro Oberbürgermeister und Rat
Büro Oberbürgermeister und Rat
Büro Oberbürgermeister und Rat

Schriftführung

Frau Krumme

Büro Oberbürgermeister und Rat

Öffentliche Sitzung:**Zu Punkt****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Anwesenden und leitet die Sitzung mit folgenden Worten ein:

„Sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie bitten, sich zu erheben für eine Gedenkminute. Am 6. Februar 2023 bebte die Erde in der Südosttürkei und dem Nordwesten Syriens. Ganze Dörfer und Landstriche wurden dabei zerstört. Mehr als 50.000 Menschen kamen ums Leben. Auch in Bielefeld haben Menschen Familienangehörige oder Freunde in der Region. Allein in der Türkei sind 20 Millionen Menschen von den Auswirkungen der Beben betroffen, haben liebe Menschen verloren, kein Dach über dem Kopf und stehen vor dem Nichts. Wir denken an sie und an die über 50.000 Menschen, die bei oder nach dem Erdbeben ums Leben gekommen sind. - Vielen Dank.“

Im Anschluss eröffnet Herr Oberbürgermeister Clausen die Sitzung und stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung, einschließlich Tagesordnung fest. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest. Weiterhin sei die Tagesordnung um folgende Punkte zu erweitern:

Zu TOP 1 sind folgende Mitteilungen eingegangen:

- Beendigung des Anzeigeverfahrens zum Haushalt 2023
- Antrag des Integrationsrates in der Sitzung am 22.02.2023:
„Solidarität mit der Krisenregion im türkischen Grenzgebiet“

Zu TOP 9 ein heute noch eingegangener Antrag von Herrn Gugat

Zu TOP 17 „Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Bielefelder Leitbild einer zukunftsgerechten Stadtentwicklung“ hat die Verwaltung eine ersetzende Nachtragsvorlage eingereicht.

Des Weiteren sei Pairing zwischen der SPD und der CDU vereinbart.

Herr Dr. Öztürk beantragt die Anträge unter TOP 3 nur in 1. Lesung zu behandeln, da die Verwaltung eine umfangreiche Vorlage vorbereite und daher eine doppelte Diskussion vermieden werden solle.

Herr Oberbürgermeister Clausen schlägt vor, die Beratung der Tagesordnungspunkte durchzuführen.

Es werden keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung gemacht und die Änderungen wird einstimmig beschlossen.

-.-.-

Zu Punkt 1**Mitteilungen****Zu Punkt 1.1****Beendigung des Anzeigeverfahrens zum Haushalt 2023****Text der Mitteilung:**

Mit Verfügung vom 21.02.2023 hat die Bezirksregierung Detmold das Anzeigeverfahren zum Haushalt 2023 für beendet erklärt. Die Haushaltssatzung der Stadt Bielefeld wird am 25.02.2023 öffentlich bekanntgemacht, so dass danach der Haushalt 2023 ohne Einschränkungen bewirtschaftet werden kann. Die Verfügung im Wortlaut finden Sie als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt im Informationssystem.

Im Rahmen der Prüfung haben sich keine rechtlichen Bedenken gegen die Haushaltssatzung ergeben.

Die Verfügung enthält unter Ziffer II. Hinweise zur Haushaltslage:

So werden durch den Ausweis jährlicher Fehlbeträge Risiken in der Haushaltsentwicklung deutlich. Die perspektivisch schlechtere Haushaltsentwicklung erfordere auch weiterhin Haushaltsdisziplin, um nicht mittelfristig erneut in die Haushaltssicherung zu rutschen.

Explizit wird auf die Zuwächse beim Personalbestand, die Entwicklung der Wirtschaftslage der BBVG und der Stadtwerke-Gruppe, das hohe Investitionsvolumen sowie die Umwandlung der Konzernfinanzierung für die Beschaffung von VAMOS-Stadtbahnwagen in einen Investitionskostenzuschuss und die Einzahlung in die Kapitalrücklage des Klinikums hingewiesen.

Im Hinblick auf steigende finanzielle Belastungen des städtischen Haushalts mit Zins- und Tilgungsleistungen und die damit verbundenen Risiken – gerade angesichts potentiell steigender Zinsen – seien auch diese Entwicklungen sorgsam zu beobachten.

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Antrag des Integrationsrates in der Sitzung am 22.02.2023: Solidarität mit der Krisenregion im türkischen Grenzgebiet

Text der Mitteilung:

*Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 22.02.2023 empfohlen, dass der Rat beschließen möge, dass den vom verheerenden Erdbeben betroffenen Menschen in Syrien und der Türkei „seitens der Stadt Bielefeld und ihren Trägern schnell und unkompliziert geholfen werden“ soll. Unter anderem wurde darum gebeten, kurzfristig einen Runden Tisch mit maßgeblicher Einbeziehung des Integrationsrates einzuberufen, um den Austausch und Koordination aller aktiven (Hilfs-) Organisationen und gesellschaftlichen Akteur*innen zu ermöglichen und um weitere Unterstützungsbedarfe seitens der Stadt Bielefeld zu eruieren.*

Eine fristgerechte Einbringung des Beschlusses in den Rat war wegen der Sitzungstermine nicht möglich. Die Verwaltung wird dennoch einen Runden Tisch kurzfristig einberufen.

-.-.-

Zu Punkt 2 Anfragen

Zu Punkt 2.1 Verhinderung linksextremer, islamistischer oder parteipolitischer Instrumentalisierung der "Aktionswochen gegen Rassismus" (Anfrage der AfD-Ratsgruppe vom 07.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5604/2020-2025

Text der Anfrage:

Im Zeitraum vom 1. März bis zum 30. April finden in Bielefeld die „Aktionswochen gegen Rassismus“ statt. Das Kommunale Integrationszentrum

übernimmt hierbei maßgeblich die Koordinations- und Organisationsarbeit, wodurch die Stadt Bielefeld direkt in das Geschehen miteingebunden ist. Zugleich wird im Rahmen des Netzwerkes mit Akteuren aus nicht-staatlichen und nicht-städtischen Organisationen und Gruppierungen zusammengearbeitet. Auf der Seite <https://interkulturelles-bielefeld.de/aktionswochen-gegen-rassismus/> kann man hierzu, wie es scheint, relativ frei Veranstaltungen anmelden. Zugleich bergen Veranstaltungen wie diese jedoch stets eine Missbrauchs- und Instrumentalisierungsgefahr durch links-extreme oder islamistische Akteure und / oder zu parteipolitischen Zwecken.

Wir fragen daher die Verwaltung:

Auf welche Weise wird gewährleistet, dass das Kommunale Integrationszentrum im Zuge der „Aktionswochen gegen Rassismus“ nicht mit linksextremen oder islamistischen Akteuren, Personen, Gruppierungen oder Organisationen zusammenarbeitet und die Kommune dadurch nicht indirekt deren Aktivitäten fördert?

Zusatzfrage:

Auf welche Weise wird gewährleistet, dass die „Aktionswochen gegen Rassismus“ nicht zu parteipolitischen Zwecken instrumentalisiert werden, um – dadurch indirekt kommunal gefördert – gegen einzelne, missliebige politische Parteien Stimmung zu machen?

Antwort der Verwaltung:

*Die „Aktionswochen gegen Rassismus“ werden vom Bielefelder Netzwerk rassismus-kritischer Arbeit vorbereitet und durchgeführt. Das Kommunale Integrationszentrum (KI) ist Teil des Bündnisses und übernimmt insbesondere koordinierende und organisatorische Arbeiten. Die angemeldeten Veranstaltungen werden regelmäßig durch Mitarbeiter*innen des KI gesichtet und müssen vor der Veröffentlichung durch diese freigegeben werden. Die Inhalte und die Anbieter werden – im Rahmen der Möglichkeiten – auf links- oder rechtsextreme und demokratiefeindliche Positionen hin überprüft.*

Die Zusammenarbeit mit Menschen oder Organisationen, die dem Islam angehören, ist für das KI eine seiner zentralen Aufgabenstellungen und tägliches Geschäft, da Menschen muslimischen Glaubens einen großen Teil der Bielefelder Stadtgesellschaft darstellen. Hierzu gehören u. a. Mitglieder des Integrationsrates und Migrantenorganisationen, die über Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen oder kommunale bzw. Landes-zuschüsse gefördert werden.

Antwort zur Zusatzfrage:

Politische Parteien haben bislang im Rahmen der Aktionswochen sehr selten eigene Veranstaltungen angeboten. Diese fanden jedoch nicht als parteipolitische Veranstaltungen, sondern mit Bezug zum Thema und zur Zielsetzung der Aktionswochen statt. Bei den Veranstaltungen selber gilt das Recht der freien Meinungsäußerung (Artikel 5 Grundgesetz), das seine Grenzen u.a. in der persönlichen Diffamierung Anderer entsprechend Artikel 3 des Grundgesetzes findet.

Herr Dr. Sander bringt seinen Unmut über die Antwort der Verwaltung zum Ausdruck und richtet eine Frage an Herrn Ersten Beigeordneten Nürnberger:

„Was tun Sie, wenn eine nachweislich islamistische Organisation, wie z. B. ‚Millî Görüş‘, eine Veranstaltung im Rahmen der Aktionswoche gegen Rassismus anmeldet? Wird diese Veranstaltung zugelassen und durch

das Kommunale Integrationszentrum beworben?“

Herr Oberbürgermeister Clausen sichert ihm eine schriftliche Antwort zu, damit diese auch den weiteren Mitgliedern des Rates zugänglich gemacht werden könne.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Im Nachgang der Sitzung beantwortet Herr Erster Beigeordneter Nürnberger die Fragen.

Text der Antwort:

Die beiden Fragen werden im Zusammenhang beantwortet:

*In den vergangenen 50 Jahren ist in Bielefeld eine Vielzahl von Kulturvereinen sowie von islamischen Organisationen entstanden – insbesondere in Folge zu Zuwanderungs-bewegungen. Die Hauptaufgabe der islamisch orientierten Vereine ist es, den Muslim*innen die Ausübung ihrer Religion durch die Schaffung von Gebetsstätten zu ermöglichen. Viele Vereine sind zudem religiöse Bildungsstätten, dienen der Traditions-pflege und sind ein Ort der Begegnung. Zunehmend beteiligen sich manche Vereine – vor allem die größeren – auch am gesellschaftlichen Leben im jeweiligen Stadtbezirk und darüber hinaus (z. B. durch interreligiöse Veranstaltungen, gemeinsames Fastenbrechen, Tagen der Offenen Tür, Teilnahme an Stadtteilkonferenzen und Stadtteilstesten).*

Nicht alle, aber viele Moscheevereine sind Mitglied in Dachverbänden, die z.T. aus dem Ausland unterstützt werden. Das Verhältnis von deutschem Staat und Islam (und den Moscheevereinen) ist immer noch in der Entwicklung und Gegenstand von politischen Diskussionen (z.B. bezüglich der Ausbildung von Imamen, der Gründung von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder des Umgangs mit islamischen Feiertagen). Der gesellschaftliche Aushandlungsprozess, der mit der Zunahme an religiöser und kultureller Vielfalt verbunden ist, ist bei Weitem noch nicht abgeschlossen und spiegelt sich auch in Bielefeld wieder.

In Bielefeld sind viele der Gemeinden in dem Bündnis islamischer Gemeinden in Bielefeld e.V. (BIG) organisiert (www.big-bielefeld.de/vereine/).

Die Verwaltung hat schon seit vielen Jahren den Kontakt zu den Gemeinden der muslimischen Community und somit die religiösen und politischen Entwicklungen im Blick. Das Dezernat für Soziales und Integration sucht auch aktuell immer wieder den Kontakt zu Moscheegemeinden – insbesondere jenen, die sich bereits aktiv am stadtgesellschaftlichen Leben beteiligen.

Das Dezernat verfolgt dabei mehrere Ziele:

- *besseres gegenseitiges Kennenlernen zwischen Verwaltung und Verantwortungsträger*innen der Moscheevereinen,*
- *Abbau von Fremdheit zwischen den Moscheevereinen (und ihren Mitgliedern) und der nicht-islamischen Mehrheit der Stadtgesellschaft,*
- *Anerkennung und Wertschätzung des kulturellen und sozialen Beitrags, den Moscheegemeinden für ihre Mitglieder sowie für die Stadtgesellschaft leisten, und*
- *Weiterentwicklung der vertrauensvollen Gesprächsbasis – um einerseits die berechtigten Interessen der Vereine zu hören und an-*

dererseits Erwartungen des Staats bzw. der Stadtgesellschaft direkt adressieren zu können (zuletzt bezüglich der Forderung, auf türkischen Wahlkampf in den Bielefelder Moscheen zu verzichten).

Der Verwaltung ist bewusst, dass es unterschiedliche Strömungen im Islam gibt. Selbstverständlich achtet das Dezernat für Soziales und Integration darauf, durch den Kontakt vor allem diejenigen Organisationen und Verantwortungsträger*innen zu stärken, die sich besonders stark für die Teilhabe der Mitglieder an unserer gemeinsamen Stadtgesellschaft engagieren und für einen offenen Austausch stehen. Der Kontakt kann und muss nicht spannungsfrei verlaufen.

Über das vom Kommunalen Integrationszentrum begleitete Netzwerk der Migranten-Organisationen und die Stadtteilarbeit werden islamische Gemeinden in das Zusammenleben in der Stadt eingebunden, z.B. in der Flüchtlings- oder Senior*innenarbeit oder in Stadtteilkonferenzen Bielefelds. Das Dezernat arbeitet dabei an vielen Stellen mit dem Vorstand und weiteren Mitgliedern des Integrationsrats zusammen.

Der Teilhabefonds fördert Einzelmaßnahmen und Projekte, die Begegnung, Austausch und Integration legen. Antragsteller sind häufig soziale Träger.

Vereinzelt werden auch integrations- und begegnungsorientierte Maßnahmen von Moscheegemeinden über den Teilhabefonds gefördert. Für 2023 ist vorgesehen, die Vatanmoschee e.V. beim Projekt „Interkultureller Stadtteilbrunch“ sowie das Bündnis Islamischer Gemeinden bei der Gestaltung des 3. Oktober als Tag der Offenen Moschee mit erweiterten Angeboten zu fördern. Zudem wird das Islamische Zentrum bei jugendorientierten Angeboten unterstützt (Workshops zum Thema Nachhaltigkeit und zum Thema Rassismus).

Ein wichtiger Teil der Islamismus-Prävention ist die Beratungsstelle „Wegweiser“ (getragen in Kooperation vom AWO Kreisverband und AWO-Bezirksverband OWL). „Wegweiser“ ist ein Präventionsprogramm des Landes NRW, das den Einstieg in den extremistischen Islamismus verhindern soll: durch Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene, bei denen die Gefahr einer Radikalisierung besteht. Das Programm bietet Workshops und Fortbildungen an, berät das Umfeld der Jugendlichen und arbeitet mit der Verwaltung zusammen.

-.-.-

Zu Punkt 2.2

Statt "Wir haben Platz": Mietgarantie für Mieter kommunaler Wohnungsgesellschaften (Anfrage der AfD-Ratsgruppe vom 22.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5673/2020-2025

Text der Anfrage:

In der Stadt Lörrach kündigte kürzlich eine kommunale Wohnungsgesellschaft 40 alleingesessenen Mietern um dort Flüchtlinge unterzubringen. Im Schreiben weist die Stadt auf den "erheblichen Zustrom von Flüchtlingen aus der Ukraine und anderen Weltregionen" hin. „Für Sie bedeutet das, dass wir in Kürze das mit Ihnen vereinbarte Mietverhältnis kündigen werden“, heißt es in dem Schreiben weiter. Auch in NRW sind bereits viele

Kommunen am Limit ihrer Kapazität und sogar schon darüber hinaus. Bielefeld ist als Großstadt hiervon in besonderer Weise betroffen. Am Wohnungsmarkt herrschen bereits heute „Berliner Verhältnisse“ und es gibt harte Verteilungskämpfe um den knappen Wohnraum, welche fast immer zu Lasten sozial schwacher Bürger gehen.

Wer aber in aller Welt das Mantra „Wir haben Platz!“ verlautbaren lässt, Ausländerzentren in „Willkommenszentren“ umbenennt und die Stadt Bielefeld so öffentlichkeitswirksam wie - mit Hans-Magnus Enzensberger gesprochen - gratismutig zum „sicheren Hafen“ erklärt, der muss auch die Frage beantworten, wo dieser Platz ist. Wer, wie das Land Nordrhein-Westfalen 64.000 ausreisepflichtige Ausländer (Stand 2022) duldet und nicht abschiebt und gleichzeitig immer neue Personen ohne Bleibeperspektive ins Land holt, der macht sich schuldig, genau diese Verteilungskämpfe zu befeuern. Die Stadt Lössen schafft mit der offenen Priorisierung Fremder gegenüber den eigenen Bürgern einen gefährlichen Präzedenzfall, der für die Stadt Bielefeld und ihre Bürger dringend kategorisch ausgeschlossen werden muss.

(1): <https://www.n-tv.de/panorama/Muessen-40-Mieter-fuer-Gefluechtete-umziehen-article23933219.html>

(2): <https://rp-online.de/info/consent-remake/>

Frage:

Plant die Stadt Bielefeld, Mieter ihrer kommunalen Wohnungsgesellschaften zu kündigen, um die Wohnungen für Flüchtlinge zu nutzen?

1. Zusatzfrage:

Kann die Stadt Bielefeld den Mietern ihrer Wohnungsgesellschaften garantieren, dass in Zukunft niemandem das Mietverhältnis wie im Fall Lössen gekündigt wird, um stattdessen Flüchtlinge in den Wohnungen unterzubringen?

2. Zusatzfrage:

Wie viele ausreisepflichtige Personen halten sich in der Stadt Bielefeld auf? Bitte Zahlen für die letzten 15 Jahre nach Kalenderjahr aufschlüsseln.

Antwort der Verwaltung:

Mietverträge werden zwischen der Wohnungsgesellschaft und den jeweiligen Mieterinnen und Mietern geschlossen. Da die Stadt Bielefeld nicht Mietvertragspartei ist, kann sie auch keine Wohnungen kündigen.

Antwort zur 1. Zusatzfrage:

Da die Stadt Bielefeld nicht Mietvertragspartei ist, kann sie auch keine Garantien zu den Wohnungen aussprechen.

Antwort zur 2. Zusatzfrage:

Der Personenkreis der ausreisepflichtigen Personen wurde statistisch bei der Stadt Bielefeld erst ab April 2015 im Zusammenhang mit dem deutlichen Anstieg der Zuzugs- und Zuweisungszahlen erfasst. Zahlen über die letzten 15 Jahre liegen daher nicht vor. Ausreisepflicht bedeutet, dass die Ausländerinnen und Ausländer keinen Aufenthaltstitel und somit keinen rechtmäßigen Aufenthalt (mehr) besitzen. Erfasst wurden die Personen, bei denen die Ausreise nicht unmittelbar realisiert werden konnte, die aber weiterhin in Bielefeld erfasst und gemeldet waren. Die Hintergründe der Aussetzung der Ausreisepflicht sind sehr unterschiedlich, z.B. kann wegen Unmöglichkeit einer Ausreise ins jeweilige Heimatland aufgrund von Er-

krankungen oder fehlender Identitäts- und Rückkehrdokumente eine Ausreise aus tatsächlichen Gründen nicht möglich sein. In diesem Fall wurden und werden die Ausländerinnen und Ausländer geduldet. Insofern entspricht die Zahl der Geduldeten der Zahl der Ausreisepflichtigen. Die Zahlen ab 01.04.2015 gestalten sich wie folgt:

Anzahl der in Bielefeld lebenden ausreisepflichtigen Personen	
Stichtag	Geduldet
01.04.2015	417
01.10.2015	556
01.01.2016	675
01.01.2017	658
01.01.2018	699
01.01.2019	880
01.01.2020	936
01.01.2021	973
01.01.2022	875
01.01.2023	783

Herr Kneller bedauert die knappe Antwort der Verwaltung und hebt hervor, dass er weiterhin den Eindruck habe, dass die Stadt Bielefeld die hier schon länger lebenden Einwohner gegenüber Geflüchteten benachteilige. Er werde weitere Anfragen stellen, um auf die aus seiner Sicht bestehende Ungleichbehandlung aufmerksam zu machen.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.3

Städt. Kapazitäten zur Betreuung der Leistungsberechtigten von "Wohngeld Plus" (Nachfrage zur Drucks.-Nr. 5472/2020-2025 aus der Sitzung vom 02.02.2023)

Text der Nachfrage:

Erhöht sich die Anzahl der Vorauszahlungen ab Februar 2023, wenn die zusätzlichen Stellen besetzt sind oder gibt es andere Gründe für die im Verhältnis zu den Neuanträgen geringe Zahl an Vorauszahlungsbewilligungen?

Antwort der Verwaltung:

In 2023 haben bislang 916 Haushalte Vorauszahlungen aufgrund eines höheren oder neu entstandenen Anspruchs erhalten (Stand 28.02.23). Es ist zu erwarten, dass sich die Anzahl der Vorauszahlungen weiter erhöhen wird, wenn alle zusätzlichen Stellen besetzt sind.

Insgesamt liegen seit Anfang des Jahres 3.513 Anträge vor. Davon sind 1.695 bearbeitet. Die aktuell offenen Anträge stellen einen Arbeitsumfang von etwa 30 – 40 Arbeitstagen dar.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 Anträge

Zu Punkt 3.1 Schulraumlücke verkleinern - Städtisches Bauprogramm überarbeiten (Antrag der FDP-Fraktion vom 21.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5656/2020-2025

Herr Schlifter kritisiert die bisherige Planung der Verwaltung und die Versäumnisse insbesondere in der Schulentwicklungsplanung. Er vermisse ein quantitatives und qualitatives Raumprogramm für Schulen. Aus seiner Sicht müsse der Immobilienservicebetrieb zu den eigenen auch externe Planungskapazitäten hinzuziehen. Des Weiteren werde die umfangreiche und laufende Information durch die Verwaltung vermisst, diese Transparenz sei herzustellen. Seine Fraktion habe umfangreiche Fragen und hoffe, dass diese in der von der Verwaltung angekündigten Vorlage beantwortet würden.

Herr Kleinkes bringt zum Ausdruck, dass er eine Diskussion nach einer Priorisierung der Bauprojekte für schwierig halte. Es sollten in jedem Fall alle Schulen in eine eigene Liste überführt werden, damit diese wichtigen Projekte in jedem Fall umgesetzt werden können. Er freue sich auf die umfangreichen Gespräche und hoffe auf eine einvernehmliche, fraktionsübergreifende Lösung.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

- 1. Angesichts des zu beobachtenden und von der Verwaltung für die kommenden Jahre prognostizierten zunehmenden Platzmangels in nicht-provisorischen Grundschulbauten wird die Verwaltung gebeten, das städtische Bauprogramm zu repriorisieren. Die Schaffung regulärer Grundschulbauten muss eine der Dringlichkeit entsprechende Priorisierung erfahren.**
- 2. Der ISB wird gebeten, Vorschläge für eine deutliche Erweiterung seiner Planungskapazitäten in diese Planung miteinzubeziehen. Sieht der ISB hierzu keine weiteren Möglichkeiten mehr, ist eine externe Prozessberatung hinzuzuziehen, die die Potenziale der Fremdvergabe systematisch prüft.**
- 3. Die Verwaltung wird gebeten, zu jeder Sitzung der betreffenden Fachausschüsse eine aktuelle Übersicht zum aktuellen Planungsstand hinsichtlich der Kosten- und Fertigstellungszeitpunkte mitzuteilen und im Betriebsausschuss ISB in jeder Sitzung zum Fortschritt und etwaigen Änderungen zu berichten.**

Der Rat nimmt die Vorlage in 1. Lesung.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Verbindliche Budgetierung des städt. Bauprogramms 2022 ff. (Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5657/2020-2025

Die Beratung erfolgt gemeinsam unter TOP 3.1 (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der Rat beschließt aus dem Städtischen Bauprogramm 2022ff. einen Betrag von 650.000.000 € als „Sonderfond Schulbau“ für die notwendigen Schulbau- und Schulbau-sanierungsmaßnahmen für die Jahre 2023 – 2030 herauszulösen und zu sichern und weitere 250.000.000 € für die weiteren im Städtischen Bauprogramm vorgesehenen Maßnahmen vorzusehen.
- 2.) Der Rat beschließt, dass die Verwaltung Prioritäten und Kosten des Programms „Sonderfond Schulbau“ und Städtischen Bauprogramms neu bewertet und den Bezirken und den Fachausschüssen umgehend zur Beschlussfassung vorlegt.
- 3.) 3.) Der Rat beschließt eine Erhöhung des Budgets des Programms „Sonderfond Schule“ und des Städtischen Bauprogramms für jedes Jahr bis 2030 um die jährlich neu zu kalkulierenden Kosten mindestens um einen Betrag von 10% auf die angenommenen Bau- und Sanierungskosten.

Der Rat nimmt die Vorlage in 1. Lesung.

-.-.-

Zu Punkt 4 Flüchtlingssituation in Bielefeld

Zu Punkt 4.1 Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen

Herr Erster Beigeordneter Nürnberger trägt die derzeitige Situation anhand der in der Vorlage genannten Informationen vor.

Herr Schlifter äußert seinen Eindruck, dass die Verwaltung sich nicht angemessen gegenüber dem Verhalten der Linkspartei positioniere. Er kritisiert die Bielefelder Linkspartei und bezieht sich dabei auch auf die Haltung der Partei auf Bundesebene.

Daraufhin ermahnt Herr Oberbürgermeister Clausen ihn, zum Thema des Tagesordnungspunktes zu sprechen und zu diesem zurückzukommen.

Herr Kneller bemängelt, dass die hier ankommenden Flüchtlinge die EU-Reisefreiheit ausnutzen würden und einzig die Sozialleistungen in Anspruch nehmen wollten. Da sie einerseits die Reisefreiheit nutzten, sollten

sie andererseits in den hiesigen Arbeitsmarkt eingeführt werden, damit sie ihren Lebensunterhalt verdienen könnten.

Herr Gugat bringt zum Ausdruck, dass er die Entwicklung bei der Unterbringung als positiv bewerte. Die Geflüchteten seien seinerzeit in Turnhallen untergebracht worden und nunmehr in geeigneteren Unterkünften. Dies sei nur möglich, da sich viele Menschen in dieser Gesellschaft für Hilfsbedürftige engagierten.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 Einführung eines Livestreams bei öffentlichen Ratssitzungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5367/2020-2025

Frau Avvuran wünscht eine breite Zugangsmöglichkeit an „Rats-TV“ und begründet dies mit der zu lebenden Integration. Dies habe insbesondere die Verwaltung zu berücksichtigen und vorzuleben.

Frau Wahl-Schwentker bringt ihre Freude über den Start des Livestreams zum Ausdruck und ergänzt, dass in ihrer Wahrnehmung die Verwaltung bereits zu Beginn des Projektes an der Barrierefreiheit gearbeitet habe.

In der Diskussion wurde deutlich, dass eine Beteiligung des Beirates für Behindertenfragen erfolgen solle, sodass über einen entsprechenden Beschluss abgestimmt wurde.

Beschluss über Drucks.-Nr. 5367/2020-2025:

Der Rat beschließt

- 1. die Einführung eines Live-Streams der öffentlichen Sitzungen des Rates im Internet. Nach einem Jahr erfolgt eine Evaluation. Darüber hinaus wird dann geprüft, ob auch Ausschusssitzungen im Internet übertragen werden sollen.**
- 2. die 10. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004 laut Anlage.**
- 3. § 19 d der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bielefeld wird ersatzlos gestrichen.**

- einstimmig beschlossen -

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden Hinweise des Digitalisierungsausschusses zu verfolgen und Umsetzungsoptionen aufzuzeigen:

- Parallel zur Einführung des Live-Streams arbeitet die Verwaltung daran, auch Menschen mit Behinderungen zeitnah die Teilhabe am Rats-TV zu ermöglichen.**

- Neben der Einstellung des Live-Streams auf YouTube sorgt die Verwaltung für eine DSGVO-konforme Bereitstellung des Streams auf der städtischen Homepage.

- einstimmig beschlossen -

Zusatzbeschluss:

Die Vorlage der Verwaltung (Drs. 5367/2020-2025) wird dem Beirat für Behindertenfragen zur Kenntnisnahme gegeben.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat**

Der Rat nimmt ohne Aussprache Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 **Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Krise in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5599/2020-2025

Der Rat nimmt ohne Aussprache Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8 **Abschluss einer Kooperationsvereinbarung für das NRW-Pilotprojekt DigitalBüro OWL**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5293/2020-2025

Beschluss:

Die Stadt Bielefeld tritt dem Kooperations- und NRW-Pilotprojekt „DigitalBüro OWL“ bei. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, eine Kooperationsvereinbarung mit den Gründungsmitgliedern OstWestfalenLippe GmbH, der Alten Hansestadt Lemgo, der Stadt Delbrück, der Stadt Detmold, dem Kreis Paderborn und der Stadt Paderborn abzuschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Aufhebung der Satzung über die Erhebung der Wettbürosteuer für das Vermitteln oder Veranlassen von Pferde- und Sportwetten in Einrichtungen (Wettbüros) nach dem Wetteinsatz ab 2019Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5451/2020-2025

Herr Beigeordneter Kaschel verliest folgende Erklärung:

„Herr Oberbürgermeister, Meine Damen und Herren, ich habe bereits im FiPA noch eine Stellungnahme abgegeben und werde das heute hier wiederholen. Bezüglich der Presseveröffentlichungen vom 16.02.2023 in beiden Bielefelder Tageszeitungen bezüglich der Mitteilung der FDP, mit denen bestimmte Aspekte suggeriert werden, die nicht zutreffend sind. So wird zum Beispiel durch die Angabe - Zitat: `Nur müsste neben den geringen Einnahmen durch die Steuer nicht nur das Geld zurückgezahlt werden, es sind auch unnötige Zusatzkosten für Personal und Rechtsstreitigkeiten entstanden.` Der Eindruck erweckt, die Steuer sei ein Verlustgeschäft für die Stadt gewesen. Dem ist nicht so. Seit Einführung der Steuer im Jahr 2016 sind bis 2023 circa 2,8 Millionen € vereinnahmt worden. Davon müssen rund 1,7 Millionen € nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts erstattet werden. Aufgrund der Aktuell Liquidität Situation der Stadt entsteht dadurch auch kein höherer Kreditbedarf. Weiterhin wird behauptet - Zitat: Die Verwaltung in Bielefeld würde immer öfter die Grenzen des Erlaubten nicht nur ausreizen, sondern überschreiten.` Hier wird suggeriert, die Stadtverwaltung würde Gesetze missachten, um Steuern zu erheben. Diese Behauptung ist falsch. Die Städte und Gemeinden sind berechtigt, zur allgemeinen Finanzierung ihrer Aufgaben örtliche Aufwandsteuern zu erheben. Dies ergibt sich aus Artikel 105 Absatz zwei Grundgesetz in Verbindung mit § 3 Kommunal Abgaben Gesetz NRW nach § 2 Abs. 2 KAG NRW bedarf eine Satzung, mit der eine vom Land bisher nicht erhobene Steuer erstmals erhoben werden soll - wie bei der Wettbüros Steuer seinerzeit der Fall - zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung des Innen- und des Finanzministeriums die erforderliche Genehmigung der Steuererhebung wurde im Land NRW anlässlich der erstmaligen Einführung der Wettbürosteuer der Stadt Hagen am 18. sechs. 2014 mit genereller Wirkung erteilt. Der Rat der Stadt Bielefeld hatte danach am 12.11.2015 die Satzung über die Erhebung der Wettbürosteuer beschlossen. Wie der Beschlussvorlage zu entnehmen ist, sollte die Steuer nicht nur fiskalischen Zwecken dienen, sondern es wurde auch das ordnungspolitische Ziel verfolgt, das entsprechende Wettgeschäft und die Anzahl dieser Einrichtungen einzudämmen und damit auch die Spielsucht zu bekämpfen. Dieses Ziel ist durch die Einführung der Steuer in Bielefeld auch erreicht worden. So waren beim Ordnungsamt vor der Steuer Einführung noch 29 Wettbüros verzeichnet. Nach Einführung der Steuer verringerte sich diese Zahl auf zuletzt nur noch 16 Wettbüros im Juni 2022. Nach Einführung wurden im gesamten Land NRW gegen die Wettbürosteuer zahlreiche Klagen erhoben. Alle Verwaltungsgerichte und auch das Oberverwaltungsgericht NRW haben danach die Steuer grundsätzlich für zulässig erklärt. Auch das Bundesverwaltungsgericht hat im Jahr 2017 die kommunale Wettbürosteuer für rechtmäßig gehalten und lediglich den seinerzeit gewählten Flächenmaßstab für unzulässig erachtet - Zitat: `Mit dem Wetteinsatz ein praktischer Wirklichkeits-Maßstab zur Verfügung steht und der Beklagte mit der Wettbürosteuer nicht in unzulässiger Weise in das Gesamtkonzept des Bundesgesetzgebers eingreift.` Alle kommunalen Wettbürosteuersat-

zungen in NRW wurden daraufhin auf diesen Einsatzmaßstab als Besteuerungsgrundlage umgestellt. Wie bereits in der Beschlussvorlage zur heutigen Sitzung dargestellt, hat es dann sehr überrascht, dass das Bundesverwaltungsgericht am 20.09.2022 entschieden hat, dass die Erhebung einer kommunalen Wettbürosteuer neben der staatlichen Rennwett- und Sportwetten-Steuer unzulässig sei. Selbstverständlich ist dieses Urteil gleichwohl zu beachten und so wurde die Erhebung der Wettbürosteuer in Bielefeld bereits unmittelbar nach der Presseveröffentlichung eingestellt. Abschließend ist somit im Ergebnis festzustellen, dass mit der Erhebung der kommunalen Wettbürosteuer in Bielefeld zu keiner Zeit gegen Gesetze verstoßen oder die Grenzen des Erlaubten tangiert oder gar überschritten wurden. Vielen Dank.“

Herr Gugat begründet seinen Antrag mit der hohen Suchtgefahr für die betroffenen Personen. Der ordnungspolitische Effekt solle weiter erhalten bleiben und daher bittet er die Vorlage an den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen, damit dieses Thema dort umfangreich diskutiert werden könne.

Herr vom Braucke lehnt die Wettbürosteuer ab, da diese rechtswidrig sei und seine Fraktion stets darauf hingewiesen habe. Er bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die Regierungsparteien an den wenig Ertrag einbringenden Steuern festhalten, dazu zähle aus Sicht der FDP auch die Hunde- und Zweitwohnsitz-Steuer.

Herr Dr. Schmitz bringt in Erinnerung, dass die Verwaltung durch die Politik beauftragt wurde, die Wettbürosteuer zu erheben und die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen. Die Verwaltung könne sich nicht über politische Beschlüsse hinwegsetzen.

Herr Werner schließt sich seinem Vorredner an und er habe in Erinnerung, dass die Fraktionen von CDU und FDP aus politischer Sicht gegen die Einrichtung der Wettbürosteuer gestimmt haben. Zu keiner Zeit haben Sie aus rechtlichen Gründen so agiert.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die Aufhebung der Satzung über die Erhebung der Wettbürosteuer für das Vermitteln oder Veranstalten von Pferde- und Sportwetten in Einrichtungen (Wettbüros) nach dem Wetteinsatz mit sofortiger Wirkung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.1

Antrag zu TOP 9 von Herrn Gugat [Einzelvertreter LiB]

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5753/2020-2025

Die Beratung erfolgt gemeinsam unter TOP 9 (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

Beschluss:

Der Antrag wird in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

an Ausschuss o.a. verwiesen (GeschO-Antrag)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10**Entgeltordnung zur Spielzeit 2023/2024 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5440/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die Anpassung der Entgeltordnung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld für alle Angebote ab der Spielzeit 2023/2024. (Anlage 1)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11**Antrag der Werbe- und Interessengemeinschaft Brackwede e.V. auf Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Verkaufsöffnung an Sonn- und Feiertagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5457/2020-2025

Herr Seifert kritisiert die Entscheidung der Verwaltung und bemängelt die Kompetenz des Ordnungsamtes, da dies offenbar die örtlichen Gegebenheiten außer Betracht gelassen habe, denn durch die Bauarbeiten sei bereits eine gewisse Strahlkraft durch das erste Fest der Stadt des Jahres gegeben und die Öffnung der Geschäfte würde nur hinzukommen. Er appelliert an den Oberbürgermeister, dass seine Ämter sich zum Wohle der Stadt einsetzen mögen. Die Vorlage sei zur erneuten Bearbeitung an das Fachamt zurückzugeben.

Herr Copertino teilt mit, dass er sich mehr Mut von der Verwaltung gewünscht habe, zumal nach der schwierigen Corona-Zeit eine erneute Durststrecke durch die 18-monatige Baumaßnahme bevorstehe. Der Handel in Brackwede fordere seit Jahren mehr Möglichkeiten zur Sonntagsöffnung und aus seiner Sicht habe es die Gastronomie deutlich einfacher. Er ziehe einen Vergleich zur Vergangenheit, denn da wurde eine solche Veranstaltung problemlos ermöglicht.

Herr Hofmann gibt zu bedenken, dass erst gestern im HWBA über diesen Themenkomplex gesprochen wurde. Dort sei ausgeführt worden, dass die

bereits bestehenden Ladenöffnungszeiten schon problematisch seien, so dass aus seiner Sicht keine weiteren Experimente durchgeführt werden sollen.

Herr Dr. Öztürk zitiert aus der Vorlage, dass der Rat der Stadt Bielefeld an Recht und Gesetz gebunden sei und ein abweichender Beschluss vom Oberbürgermeister zu beanstanden sei. Er vertraue auf die Verwaltung und hoffe, dass die Fraktionen ins Gespräch kommen, um möglichst eine Lösung zu finden.

Beschluss:

Der Rat beschließt, den als Anlage 2 beigefügten Antrag der Werbe- und Interessengemeinschaft Brackwede e.V. (WIG) auf Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Verkaufsöffnung an Sonn- und Feiertagen (OBVO) vom 29.09.2018, geändert durch die 3. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Verkaufsöffnung an Sonn- und Feiertagen (OBVO) vom 19.03.2020 abzulehnen.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Neuausrichtung des Mobilfunkausbaus in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4906/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. **Es wird die Wichtigkeit des Mobilfunkausbaus, insbesondere mit neuen Mobilfunktechnologien wie 5G oder neuere, für die Stadt Bielefeld anerkannt.**
2. **Zukünftig werden grundsätzlich die Vorgaben der Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in seiner jeweils aktuellen Fassung für den weiteren Mobilfunkausbau in der Stadt Bielefeld angewendet.**
3. **Die Beschlüsse vom Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss vom 18.12.2001 (TOP 8, Vorlage 4662) und vom 23.11.2004 (TOP 31, Drucksachen-Nr. 219) sowie der Beschluss vom Werksausschuss Immobilienservicebetrieb vom 23.11.2004 (TOP 15, Drucksachen-Nr. 219) für den Mobilfunkausbau werden aufgehoben.**
4. **Der Rat beauftragt die Verwaltung Anfragen von Unternehmen zum Mobilfunkausbau zu koordinieren und vorbehaltlich notwendiger Prüfungen, städtische Liegenschaften für den Mobilfunkausbau zur Verfügung zu stellen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 Fortführung des Projektes "Think Tank OWL" der BRIC GmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5497/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt wie folgt:

- 1.) Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt die Fortführung des erfolgreichen Projektes Think Tank OWL der BRIC GmbH.
- 2.) Neben der Universität, der Fachhochschule und der Industrie- und Handelskammer beteiligt sich die Stadt Bielefeld als Gesellschafter der BRIC GmbH an der Weiterfinanzierung des Think Tanks OWL ab 01.04.2023. Dafür werden im Haushalt 2023-2026 der Stadt Bielefeld insgesamt 633.408 € gemäß Aufteilung in der Beschlussvorlage bereitgestellt. Das entspricht 32% der Gesamtprojektkosten in Höhe von rd. 1,98 Mio. €.
- 3.) Für das Haushaltsjahr 2023 werden zusätzliche Mittel zur Auszahlung an die BRIC GmbH in Höhe von 158.352 € (Produktgruppe 11.01.21) bereitgestellt. Der Mehraufwand erhöht den Jahresfehlbetrag 2023. Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem Haushaltsjahr 2024 die Haushaltsmittel entsprechend der Beschlussvorlage in der Produktgruppe 11.01.21 vorzusehen.
- 4.) Sofern die beantragten EFRE-Fördermittel für die Weiterführung des Projektes Think Tank OWL im Laufe des Jahres 2023 bewilligt werden, sind die Haushaltsansätze 2023-2026 entsprechend des reduzierten Anteils der Stadt Bielefeld in Höhe von 422.000 € anzupassen.
- 5.) Nach der Hälfte des Projektzeitraumes ist dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss Ende 2024 über den Sachstand zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14 4. Änderung „Stadtteilküche Sieker“ des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ für das Gebiet Greifswalder Straße 17 im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB - Stadtbezirk Stieghorst - Beschluss über Stellungnahmen
Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5232/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die Äußerungen aus den frühzeitigen Beteiligungen gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB) werden zur Kenntnis genommen und die Einarbeitung in die Planung gemäß Anlage A1 wird gebilligt.
2. Die Stellungnahmen des Polizeipräsidiums Bielefeld – Direktion Verkehr (Ifd. Nr. 2.1b), der Bezirksregierung Detmold – Dezernat 33B (Ifd. Nr. 2.7) und der Stadtwerke Bielefeld GmbH – Netzsysteme und -informationen (Ifd. Nr. 2.12) zum Entwurf werden zur Kenntnis genommen.
3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den textlichen Festsetzungen und zur Begründung des Bebauungsplanes werden gemäß Anlage A2 beschlossen.
4. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ für das Gebiet Greifswalder Straße 17 wird mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
5. Der Beschluss des Bebauungsplans ist gemäß § 10 (3) BauGB ortsüblich öffentlich bekannt zu machen. Der Bebauungsplan mit Begründung ist gemäß § 10 (3) BauGB bereitzuhalten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15

Neuaufstellung des Regionalplans OWL für den Regierungsbezirk Detmold - Stellungnahme der Stadt Bielefeld zu den Ausgleichsvorschlägen der Regionalplanungsbehörde

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5313/2020-2025

Herr John betont, dass es für seine Fraktion von Bedeutung sei, Grünflächen für Naherholung und Naturschutz zu erhalten. Dies sei für eine nachhaltige und klimagerechte Stadtentwicklung genauso wichtig wie die Neuausweisung neuer Gewerbeflächen. Im Rahmen des Klimaanpassungskonzeptes seien Kaltluftbahnen zu berücksichtigen, sodass auch diese in die Regionalplanung einzubeziehen seien. Auch Flächen für die Energiegewinnung seien ein weiterer Aspekt für die Zukunft der Stadt.

Herr Schlifter beleuchtet eine wesentliche Flexibilisierung zu der früheren Regionalplanung. Es würden deutlich mehr Aspekte kartografisch berücksichtigt. Seine Fraktion mache sich dafür stark, dass der Aspekt Windkraft zunächst zurückgestellt würde, damit der Regionalplan erst einmal beschlossen werden könne, da viele Gemeinden auf die Ausweisung von Wohnflächen warten würden. Ein spezieller Plan für den Bereich Windkraft könne noch zu einem anderen Zeitpunkt beschlossen werden. Er gibt zu bedenken, dass die Schwierigkeit nicht in der vorliegenden Regionalplanung liege, sondern bei der tatsächlichen Umsetzung im Rathaus.

Herr Dr. Lange macht deutlich, dass dringend Wohnraum in Bielefeld benötigt werde und seine Fraktion möchte dies umgehend umgesetzt sehen. Aus Sicht der CDU habe IT.NRW der Stadt zu wenig Flächenkontingente für diesen Bereich zugewiesen und das müsse umgehend im Regionalrat angesprochen werden. Der Regionalplan stelle eine Perspektivplanung

dar und daher müssen ausreichend mögliche Flächen ausgewiesen werden, auch für Gewerbe. Seine Fraktion werde die vorliegende Beschlussvorlage ablehnen, da in dieser eine Perspektivplanung für die nächsten 30 Jahre fehle.

Herr Rörig widerspricht der Sicht, da die Planung alle fünf Jahre neu evaluiert werde. Daher sehe er die Stadt Bielefeld gut aufgestellt und der vorliegende Regionalplan sei ein guter Kompromiss.

Beschluss:

1. Die Ausführungen in der Begründung zur Beschlussvorlage werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Rat beschließt, die als Anlage B beigefügte Stellungnahme der Stadt Bielefeld zu den Ausgleichsvorschlägen der Regionalplanungsbehörde zum Entwurf 2020 des Regionalplans OWL an die Bezirksregierung abzugeben.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 16

Satzung über die Anordnung eines besonderen Vorkaufsrechtes für das Gebiet südlich der Herforder Straße, westlich der Feldstraße, nördlich der Flurstücke 1219, 1542 und 1570 sowie östlich der Flurstücke 14, 1118, 1156 und 1335 (Gebiet des neu aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/3/27.02 „Bildungscampus Herforder Straße / Feldstraße“) - Stadtbezirk Mitte - Vorkaufssatzung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5400/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Anordnung eines besonderen Vorkaufsrechtes gemäß § 25 Absatz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet südlich der Herforder Straße, westlich der Feldstraße (Gebiet des neu aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/3/27.02 „Bildungscampus Herforder Straße / Feldstraße“) wird beschlossen.

Für die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches der Vorkaufssatzung ist die im Abgrenzungsplan des Bauamtes vorgenommene Eintragung (gestrichelte Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 17

Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Bielefelder Leitbild einer zukunftsgerechten Stadtentwicklung"

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 5566/2020-2025

Drucksachennummer: 5566/2020-2025/1

Herr Hallau verweist auf eine Bitte aus dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK), dass auch ein Mitglied des Bielefelder Klimabeirates in beratender Funktion Mitglied der Arbeitsgruppe werden solle. Leider sei dies in der Nachtragsvorlage nicht berücksichtigt worden. Im Namen der Koalition stelle er somit folgenden Ergänzungsantrag:

„Die Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Leitlinien für Bauen und Stadtentwicklung wird um ein weiteres Mitglied aus dem Bielefelder Klimabeirat ergänzt. Das Mitglied aus dem Klimabeirat soll eine beratende Stimme in der Arbeitsgruppe haben.“

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet zunächst über den Änderungsantrag abzustimmen.

Beschluss:

Die Arbeitsgruppe „Bielefelder Leitbild einer zukunftsgerechten Stadtentwicklung“ wird um ein Mitglied aus dem Bielefelder Klimabeirat mit beratender Funktion ergänzt.

- bei einigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen –

Unter Berücksichtigung des beschlossenen Antrages, bittet er sodann um Abstimmung über die Nachtragsvorlage.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Bielefelder Leitbild einer zukunftsgerechten Stadtentwicklung“.
2. Der Rat der Stadt benennt für die Arbeitsgruppe folgende Mitglieder und Stellvertretungen der im Stadtentwicklungsausschuss vertretenen Fraktionen, Gruppen und Einzelvertreter*innen:

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertretung</u>
<u>CDU-Fraktion:</u> Frau Steinkröger Herr Dr. Lange	Herr Kaldek Herr Langeworth
<u>SPD-Fraktion:</u> Herr Rörig N. N.	Frau Schrader N. N.
<u>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:</u> Herr John Frau Henneke	Herr Krause Frau Lentz
<u>FDP-Fraktion:</u> Herr Seifert	Frau Wahl-Schwentker
<u>Fraktion Die Linke:</u>	

Herr Vollmer	N. N.
<u>AfD-Ratsgruppe:</u> Herr Dr. Sander	Herr Kneller
<u>Ratsgruppe Die Partei:</u> Herr Schwarz	Herr Hofmann
<u>Einzelvertreter BfB:</u> Herr Krämer	
<u>Einzelvertreter BIG:</u> Herr Alich	N. N.
<u>Einzelvertreter Bürgernähe:</u> Frau Rammert	N. N.
<u>Einzelvertreter LiB:</u> Herr Gugat	Herr Bieder

3. Ein Mitglied des Bielefelder Klimabeirates mit beratender Stimme.

Die Verwaltung wird die Arbeitsgruppe beraten und dazu aus den folgenden Bereichen maximal zwei Vertreter*innen benennen:

- 1) Dezernat 2:
- 2) Dezernat 3:
- 3) Dezernat 4:
- 4) Dezernat 5:
- 5) Immobilienservicebetrieb (ISB):
- 6) Umweltamt (360):
- 7) Bauamt (600):
- 8) Amt für Verkehr (660):
- 9) Umweltbetrieb (700):
- 10) Presseamt (130):
- 11) Gleichstellungsstelle (005):

4. Die Arbeitsgruppe wird von einer externen Moderation im Auftrag des Bauamtes begleitet. Ansonsten tagt die Arbeitsgruppe nichtöffentlich.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 18

Benennung von Delegierten und Gästen zur 42. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Köln

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5633/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt die folgenden Delegierten und Gäste zur 42. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23.05. – 25.05.2023 in Köln:

Stimmberechtigte Delegierte

1.	Herr Detlef Werner	CDU Fraktion
2.	Frau Regine Weißenfeld	SPD Fraktion
3.	Herr Dominik Schnell	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
4.	Herr Bodo Holtkamp	FDP Fraktion

Gäste ohne Stimmrecht werden nicht benannt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 19 **Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen u. ä.)**

Zu Punkt 19.1 **hier: Antrag der AfD-Ratsgruppe auf Umbesetzung im Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5600/2020-2025

Ohne Aussprache erfolgt folgender

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung im Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb

Stellvertretendes Mitglied: Gerhard Schäfer, sachk. Bürger
Statt bisher: Sofie Ruhnau, sachk. Bürgerin

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 19.2 **hier: Antrag der Fraktion Die Linke auf Umbesetzungen in zahlreichen Gremien**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5660/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:

Schul- und Sportausschuss:

ordentliches Mitglied: Astrid Lehmann, sachk. Bürgerin
 statt bisher: Meike Taeubig, Ratsmitglied

stellv. Mitglied: Frederic Richter-Bonin, sachk. Bürger
 statt bisher: Astrid Lehmann, sachk. Bürgerin

Jugendhilfeausschuss:

stellv. Mitglied: Dennis Möhlmeier, sachk. Bürger
 statt bisher: Melanie Engels, sachk. Bürgerin

Partnerschaftskommission:

stellv. Mitglied: Marc Schäfers, sachk. Bürger
 statt bisher: Hans-Georg Pütz, sachk. Bürger

Seniorenrat:

stellv. Mitglied: Marita Krüger, sachk. Bürgerin
 statt bisher: Hans-Georg Pütz, sachk. Bürger

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19.3 hier: Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung in zahlreichen Gremien

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5732/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:

Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss:

Ordentliches Mitglied: Lars Nockemann, RM
 Statt bisher: Karin Schrader, RM

Gesellschafterversammlung BBVG:

Ordentliches Mitglied: Lars Nockemann, RM
 Statt bisher: Karin Schrader, RM

Digitalisierungsausschuss:

Ordentliches Mitglied: Birol Keskin, RM
 Statt bisher: Lars Nockemann, RM

Ordentliches Mitglied: Friederike Reimers, sachk. Bürgerin
 Statt bisher: Sören Witt, sachk. Bürger

Stellvertretendes Mitglied: Jörg Benesch, sachk. Bürger
 Statt bisher: Peter Fietkau, sachk. Bürger

Partnerschaftskommission:

Ordentliches Mitglied: Karin Schrader, RM

Statt bisher: Sven Rörig, RM

Stadtentwicklungsausschuss:

Stellvertretender Vorsitz Erik Brücher, RM

Statt bisher: Karin Schrader, RM

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19.4 hier: Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzungen im Schul- und Sportausschuss und Betriebsausschuss Umweltbetrieb

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5746/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:

Schul- und Sportausschuss:

Ordentliches Mitglied: Alexandra Heckeroth, sachk. Bürgerin

Statt bisher: Willi Blumensaat, sachk. Bürger

Betriebsausschuss Umweltbetrieb:

Ordentliches Mitglied: Carla Steinkröger, RM

Statt bisher: Tom Brüntrup, RM

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.